Die aktuell beschworenen „Lockerungen“ sind eine Irreführung: Ein dahinter weiter lauernder Ausnahmezustand kann jederzeit reaktiviert werden, wenn nicht konsequent mit dem ganzen Lockdown-Prinzip gebrochen wird – die entsprechenden „Bedrohungen“ werden sich im Herbst wieder finden lassen, wie die Erfahrung zeigt. Darum muss eine Wiederholung der erlebten Politik schon im Vorfeld der nächsten „Wellen“ ausgeschlossen werden. Damit die Bürger die freigesetzten Geister der Corona-Propaganda einfangen und endgültig vertreiben können, müssen sie sich jedoch zunächst selber davon lösen und die entsprechenden Zauberlehrlinge verurteilen: Das zeigen Beispiele an Schulen, in denen dieser Corona-Geist losgelöst von aller Evidenz riesige Schäden anrichtet. Ein Kommentar von **Tobias Riegel**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/220216_Die_Corona_Geister_muessen_von_den_Buergern_vertrieben_werden_Andere_werden_es_nicht_tun_NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

In der Kampagne zur Corona-Politik gibt es das starke Motiv, dass Kinder und Jugendliche mit drakonischen Maßnahmen vor Corona „geschützt“ werden müssten. Da aber Kinder und Jugendliche extrem selten schwer an Corona erkranken und sie entgegen der Kampagne keine „Treiber der Pandemie“ sind, muss der Charakter der Maßnahmen an Schulen etc. als verantwortungslose Drangsalierung bezeichnet werden. Alle Corona-Maßnahmen, die Kinder, Jugendliche und den Schulbetrieb betreffen, sind als destruktiv, gefährlich, unverhältnismäßig und unberechenbar zu bezeichnen und müssen umgehend und ersatzlos abgeschafft werden.

Panikmache ist nun endgültig verantwortungslos

Diese Erkenntnis setzt sich zwar durch, aber extrem langsam. Die umso skandalösere Gleichzeitigkeit von Erkenntnis und Tatenlosigkeit haben die NachDenkSeiten kürzlich beschrieben. Und je entspannter sich die reale Lage etwa auf den Intensivstationen darstellt, umso lauter werden einige der verbliebenen professionellen Panikmacher. Hier gilt es aber zu unterscheiden: Die Verantwortlichen der Corona-Kampagne, die schlimme gesellschaftliche Folgen bewusst in Kauf nehmen, müssen dafür auch zur Verantwortung gezogen werden. Aber: Viele Bürger, Schüler, Eltern und Lehrer (um beim Beispiel Schule zu bleiben) wurden so stark verängstigt, dass sie nicht sofort einen Weg aus dieser Angst finden, dafür kann man sie nicht verurteilen. Diese Ängste können nicht ignoriert werden,

auch wenn ihre Begründungen irrational sind. Umso mehr sollten sich verantwortungsvolle Politiker, Journalisten und sonstige Verstärker nun voll darauf konzentrieren, die Angst zurückzufahren. Wer das nicht macht, offenbart sich in meinen Augen endgültig als verantwortungslos. Denn dadurch werden auch den wenigen wohlmeinenden Politikern Chancen auf ein Umsteuern genommen.

Am Beispiel des Schulbetriebs lässt sich das Wirken der von teils skrupellosen Zauberlehrlingen freigesetzten Geister der Corona-Panik betrachten: Die Ängste bleiben, allen wissenschaftlichen Erkenntnissen zum Trotz. Außerdem haben sich hier teils die Rollen vertauscht. Während einzelne Politiker mittlerweile die Angst-Wogen in den Schulen glätten möchten und dafür öffentlich fertiggemacht werden, gibt es unter Lehrern und Eltern große Strömungen, die für ein Beibehalten der Maßnahmen eintreten, obwohl die sich gegen die eigenen Kinder und Schutzbefohlenen richten.

„Hass-Mobs gegen Politiker, Wissenschaftler und Ärzte“

Ein aktuelles Beispiel für das Wirken dieser Ängste an deutschen Schulen ist eine Initiative, bei der sogar Schülersprecher vor einem „Durchseuchungsplan“ an den Schulen warnen sowie FFP2-Masken und die Aufhebung der Präsenzpflicht fordern. Etwa die „Welt“ schreibt, dass „dieser irrationale Appell“ das Ergebnis einer „Propaganda der Angst“ sei. Weiter heißt es, die Darstellung der Schulen als Orte der Virusgefahr sei eine „dogmatisch verfestigte Verschwörungstheorie mit erheblichem fundamentaloppositionellem Mobilisierungspotenzial, in deren Namen sich zuverlässig sozialmediale Hass-Mobs gegen Politiker, Wissenschaftler und Ärzte formieren, um selbige als vermeintliche Vollstrecker eines ‚menschenverachtenden‘ biopolitischen Experiments an den Pranger zu stellen“ – siehe das aktuelle Beispiel von Schleswig-Holsteins Bildungsministerin Karin Prien.

Der Appell der Schülersprecher ist ein gutes Beispiel für die verschiedenen Verantwortlichkeiten: So würde ich einerseits die Schüler selber als von einer massiven Kampagne überwältigt und darum als weitgehend „unschuldig“ bezeichnen. Am Aufruf beteiligte und vorher bereits einschlägig bekannte Wissenschaftler wie Michael Meyer-Herrmann, Dirk Brockmann und Jana Schröder jedoch würde ich erheblich mehr Verantwortung für ihr Handeln zusprechen. Denn auch wegen Äußerungen verantwortungsloser Wissenschaftler zu Corona verbleiben viele Bürger im Griff von irrationalen Ängsten, die dann eine destruktive Politik „rechtfertigen“.

Es wird im Artikel auch einmal mehr darauf hingewiesen, dass die Deutsche Gesellschaft für pädiatrische Infektiologie sowie die Deutsche Gesellschaft für Krankenhaushygiene scharfe Kritik am Umgang mit Kindern und Jugendlichen üben. Die DGPI habe sich etwa schon vor

einem Jahr gegen flächendeckende Schnelltests bei asymptomatischen Schülern ausgesprochen und betont, wie wichtig offene Schulen für die Entwicklung und das Wohlbefinden von Kindern seien. Die DGKH sage seit Langem, und habe das gerade vor wenigen Tagen wiederholt, dass FFP2-Masken nur für professionelles medizinisches Personal sinnvoll seien und dass Kinder unter 12 Jahren gar keine Masken tragen sollten.

Trügerische „Lockerungen" und lauernder Ausnahmezustand

Von den nun angekündigten „Lockerungen" sollten sich die Bürger nicht täuschen lassen. Ein echtes Ende der Pandemie-Politik wird es erst geben, wenn die Bürger das endgültige und vollkommene Ende der Pandemie-Politik einfordern und eine Wiederholung ausschließen. Ansonsten wird – das zeigen alle Erfahrungen – ein Ausnahmezustand im Hintergrund am Köcheln gehalten: Nach einer trügerischen Phase der sommerlichen „Kulanz" des Hygienestaates kann eine erneute Angstkampagne vor einer Virusvariante die Corona-Politik immer weiter verstetigen.

So lange die Ungleichbehandlung der Bürger wegen des Impfstatus von Medien, Politik und vielen Bürgern weiter akzeptiert wird, kann von einer „Normalisierung" ohnehin nicht die Rede sein, im Gegenteil: Durch die nun versprochenen „Lockerungen" für Geimpfte wird der relative Druck auf nicht geimpfte und andersdenkende Bürger nun sogar indirekt erhöht. So gelten in Bayern für Geimpfte und Genesene ab Donnerstag generell keine Kontaktbeschränkungen mehr. Die Einschränkungen für nicht geimpfte Bürger bestehen hingegen laut Medienberichten fort: Private Zusammenkünfte im öffentlichen oder privaten Raum, an denen nicht geimpfte und nicht genesene Personen teilnehmen, sollen demnach auf den eigenen Haushalt sowie höchstens zwei Personen eines weiteren Haushaltes beschränkt sein.

Verantwortliche Politiker müssen darum den Sommer nutzen, um während der dann abflauenden Panik Mechanismen gegen eine Wiederholung der erlebten Elemente der Corona-Politik zu installieren. Ohne Gegenwehr werden interessierte Kreise die Gesellschaft sonst in eine weitere destruktive „Welle" aus Panik und Unrecht stürzen und werden versuchen, die Kontroll- und Überwachungs-Instrumente der Corona-Politik in die permanente Anwendung herüberzuretten.

Titelbild: Kasefoto / Shutterstock